

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

5. Dezember 1952

536/A.B.

zu 592/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

Die Abg. H o r n und Genossen haben in der Sitzung des Nationalrates vom 21. November d. J. an den Finanzminister die Anfrage gerichtet, ob er bereit sei, durch Organe der Finanzbehörden die in der Anfrage namentlich genannten, in kommunistischen Zeitungen inserierenden Kohlenhandlungen auf allfällige gesetzwidrige Geschäftsverbindungen mit dem steuer- und zollhinterziehenden USIA-Konzern gründlich überprüfen zu lassen.

Bezugnehmend auf diese Anfrage teilt nunmehr Bundesminister für Finanzen Dr. K a m i t z mit, dass die Betriebsprüfungen hinsichtlich der in Betracht kommenden Firmen veranlasst worden sind. Da jedoch nur die Gebarung der Abgabeverpflichtungen eines Unternehmens Gegenstand der Überprüfung sein kann, wird keine Möglichkeit bestehen, auf die Geschäftsverbindungen der Firmen Einfluss zu nehmen oder aus bestimmten Geschäftsverbindungen besondere, in den Gesetzen nicht ausdrücklich vorgesehene steuerliche Folgerungen abzuleiten.

-.-.-.-